



**ÜBERWACHUNG  
VON HEILPRAKTIKERN**  
KRITIK  
VON INES HÜMMERICH



**ARBEITSKREIS  
VERTEIDIGUNG**  
GEDANKEN  
VON BIRGIT SCHENTEK



**DIE DIGITALE WELT**  
LÖSUNGSANSÄTZE  
VON ULRIKE  
HEIN-RUSINEK



**WOHNEN IN DÜSSELDORF**  
WICHTIGE HINWEISE  
VON DAGMAR VON DAHLEN



**STIFTUNG HAUS DER  
TALENTE**  
DANKESCHÖN  
VON MARIANNE HOLLE

## AUF EIN WORT



### Darf's ein bisschen mehr sein?

Der neue Deutsche Bundestag ist mit 709 Abgeordneten so aufgeplustert wie noch nie. Wie wäre es mit einer Umbenennung in „Deutscher Bombastiktag“? Also Effizienz sieht anders aus! Schuld daran ist ausgerechnet die CDU. Denn sie errang einfach zu viele Direktmandate. Schön für uns, dumm fürs Plenum: Dank der Überhang- und Ausgleichsmandate haben wir nun den Salat. Hier darf's in Zukunft ruhig ein bisschen *weniger* sein! Aber ob sich unsere gewählten Volksvertreter zu einer gesetzlichen „Abgeordneten-Obergrenze“ durchringen werden? Auch auf die Gefahr hin, künftig selbst davon betroffen zu sein?

So überfüllt der neue Bundestag wirkt, so vergleichsweise dünn gesät sind diesmal die weiblichen Volksvertreter. Es sind ganze 30,7 %! Das ist doch sehr ernüchternd. Und bedeutet einen klaren Rückschritt gegenüber der letzten Legislaturperiode (36,5 %). Nun könnte man behaupten, das liege an der Herrenrunde der AfD, die gerade einmal zehn (!) Frauen in ihrer Fraktion vorhält. Doch auch die Unionsfraktion bekleckert sich da nicht gerade mit Ruhm: Nur ein Fünftel ihrer Abgeordneten ist weiblich. Das war auch schon einmal besser.

Ausgerechnet die Fraktion „Die Linke“ mit rund 50 % Frauenanteil ist das leuchtende Vorbild an formaler Gleichberechtigung. Wäre es da für eine politisch erfolgsorientierte Frau nicht am klügsten, zur linken Partei zu wechseln? Kleiner Scherz! Frauenpolitik ist ja kein Selbstzweck. Linke Utopie wird nicht dadurch besser, dass sie von 50 % Frauen vertreten wird.

Doch was ist wirklich zu tun? Wir sollten jetzt all jene Parlamentarierinnen unterstützen, die in der aktuellen Legislaturperiode ihre Arbeit verrichten. Wir sollten sie nicht nur stärken, wenn sie konkrete Frauenthemen auf die Agenda bringen. Sondern einfach auch deshalb, weil sie sich als Frauen im Bundestag engagieren und durchsetzen wollen. Da darf's bestimmt noch ein bisschen mehr sein! (HL)

## Mein Beitrag zur Bundestagswahl

Am 24. September 2017 waren rund 61,5 Millionen wahlberechtigte deutsche Staatsangehörige zur Wahl des 19. Deutschen Bundestags aufgerufen. Mit ihrer Stimme haben die Bürgerinnen und Bürger entschieden, wer sie in den kommenden vier Jahren in Berlin vertreten wird.

Die CDU/CSU ist mit einem Stimmenanteil von 32,9 % aus der Wahl als stärkste Kraft hervorgegangen, musste jedoch das schlechteste Ergebnis seit 1949 verkraften. Und mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist als drittstärkste Kraft mit 12,6 % der Stimmen erstmals eine Partei rechts von der Union in den Bundestag eingezogen. Die Mehrheit der AfD-Wähler gibt jedoch an, die Partei nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Unzufriedenheit mit den großen Volksparteien gewählt zu haben. Dies müssen wir als Chance und als Auftrag zugleich betrachten. Die CDU versteht sich seit ihrer Gründung als Volkspartei der Mitte mit sowohl christlich-sozialen und wirtschaftsliberalen als auch wertkonservativen Strömungen. Die Ergebnisse der Bundestagswahl sind ein deutliches Zeichen dafür, dass wir das konservative Profil zu sehr vernachlässigt haben.

In Düsseldorf ist die CDU insgesamt mit einem Stimmenanteil von 30,4 % als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,5 %. Ebenso wie mein Parteikollege Thomas Jarzombek im Wahlkreis Düsseldorf I habe auch ich erneut mein Direktmandat errungen. Es freut mich sehr, meinen Heimatwahlkreis auch in den kommenden Jahren im Bundestag vertreten zu dürfen und ich danke allen, die dies mit ihrer Unterstützung möglich gemacht haben.

CDU und CSU haben im Rahmen der Sondierungsgespräche nach der Bundestagswahl, insbesondere beim Thema Flüchtlings- und Migrationspolitik, bereits gute Ergebnisse erarbeitet. Diese gilt es nun in den Koalitionsverhandlungen mit FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zu vertreten. Mir persönlich sind die Eigentumsförderung von selbstgenutztem Wohneigentum, die Förderung bezahlbaren Wohnungsbaus und der dritte Punkt bei der Mütterrente sowie die Abschaffung der Anrechnung dieser Leistung auf die staatliche Grundsicherung wichtig. Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, sollen künftig auch ein drittes Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen, wie die Mütter deren Kinder nach 1992 geboren sind. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

**Sylvia Pantel**



Bundestags-  
abgeordnete  
Wahlkreis  
Düsseldorf-Süd

Vorsitzende  
FU Düsseldorf

Vorsitzende OV  
Düsseldorf-Rath

Mitglied  
Bundesvorstand  
FU Deutschland

Mitglied  
Landesvorstand  
FU NRW

Stellvertretende  
Vorsitzende der  
FU Bergisches  
Land

## Wir müssen an der Aussetzung des Familiennachzugs festhalten!

Um eine massive und vor allem nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen nach Deutschland zu erreichen, sind bereits zahlreiche gesetzgeberische Maßnahmen umgesetzt worden. Ziel ist und muss es auch weiterhin sein, Fehlanreize zu vermeiden und Missbrauch vorzubeugen. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben anerkannte Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber mit Aufenthaltsgenehmigung das Recht, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Grundsätzlich ist damit nur die Kernfamilie gemeint, also Ehe- oder Lebenspartner sowie minderjährige Kinder. Die Familienangehörigen können bei den deutschen Auslandsvertretungen eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Um den Zuzug besser steuern zu können und die Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft nicht überzustrapazieren, wurde der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zunächst bis März 2018 ausgesetzt. Diese Einschränkung ist richtig und verantwortungsvoll. Denn der in Deutschland großzügig ausgestaltete Nachzug für subsidiär Schutzberechtigte stellt einen wesentlichen Anreiz für eine Antragstellung in unserem Land dar. Subsidiär Schutzberechtigte sind Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl oder den Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben, gleichwohl aber im Land bleiben dürfen, weil ihnen bei Rückkehr in die Heimat Gefahr durch Krieg, Folter oder Todesstrafe droht. Sie bekommen - anders als Menschen mit Asyl- oder Flüchtlingsstatus - zunächst nur eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, die später verlängert werden kann.

Den Familiennachzug auch bei subsidiär schutzbedürftigen Jugendlichen grundsätzlich nicht zuzulassen, war ebenso richtig. Andernfalls hätten noch mehr Familien ihre Kinder auf die gefährliche Reise geschickt - in der Hoffnung, auf diese Weise über den Familiennachzug selbst einen Anspruch auf Einreise zu erhalten. Dieses zum Teil unverantwortliche Verhalten der Familien dürfen wir weder unterstützen noch honorieren.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurden im ersten Halbjahr 2017 rund 60.000 Visa zum Familiennachzug erteilt, im gesamten Jahr 2016 waren es rund 100.000. Die steigenden Zahlen deuten an, dass es sich um ein sehr großes Potential an Menschen nicht nur aus Syrien, sondern auch aus anderen Staaten handelt, die zusätzlich noch zu uns kommen könnten. Allein 2016 erhielten rund 154.000 Personen subsidiären Schutz in Deutschland. Sollte an der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige nicht festgehalten werden, ist davon auszugehen, dass schätzungsweise zusätzlich allein 200.000 bis 300.000 Syrer und Iraker ihren Anspruch auf Familiennachzug geltend machen werden.

Anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte oder subsidiär Schutzbedürftige haben einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Als Arbeitssuchende erhalten sie eine Grundsicherung nach den Regeln des Sozialgesetzbuchs II. Wer nicht erwerbsfähig ist, erhält Sozialhilfe. Weitere soziale Leistungen sind das Kindergeld, der Unterhaltsvorschuss, das Erziehungs- und das Elterngeld.

Asylsuchende, die sich im Asylverfahren befinden und Antragssteller auf subsidiären Schutz sowie deren Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder sind leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Solange sie in der Erstaufnahme-Einrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, erhalten sie sogenannte Grundleistungen (Essen, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.), ein Taschengeld in Höhe von 135 Euro für notwendige persönliche Bedürfnisse, medizinische und ggf. weitere Leistungen. Wenn Asylbewerber nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen, können die Grundleistungen auch ausgezahlt werden. Zum Beispiel erhalten Alleinstehende dann 216 Euro monatlich für Essen, Unterkunft und andere Grundbedürfnisse.

In den Sondierungsgesprächen zwischen der CDU und der CSU wurde nun jüngst beschlossen, an einer Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte auch über den März 2018 hinaus festzuhalten und diese Forderung in den Koalitionsgesprächen mit FDP und BÜNDNIS90/Die Grünen zu vertreten.

## Arbeitskreis Verteidigung in der Frauen Union?

Ziel des Arbeitskreises Verteidigung ist die Ausarbeitung von Vorschlägen und Konzepten, die zum einen das Ansehen der Bundeswehr in der Bevölkerung steigern und zum anderen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr verbessern sollen. Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die äußere und die innere Sicherheitslage unkalkulierbar verändert haben. Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklungen fortschreiten. Daher wird zukünftig den Sicherheitsorganen eine noch größere Bedeutung zukommen. Hierzu zählt neben den Feuerwehren und der Polizei natürlich auch die Bundeswehr. Es ist daher erforderlich, dass die Rolle der Bundeswehr in den bestehenden und in zukünftigen Sicherheitskonzepten überdacht wird.

So wie nach der Landtagswahl in NRW die Befugnisse der Polizei erweitert und die Ausstattung auf den neusten technischen Stand gebracht werden sollen, muss auch über das Instrumentarium „Bundeswehr“ nachgedacht werden.

Nun stellt sich der/die Eine oder der/die Andere sicher die Frage, warum der Arbeitskreis in der Frauen Union? Das Thema liegt mir sehr am Herzen und ist bei Betrachtung des im Bundestagswahlkampfes bestimmenden Themas „Sicherheit“ nicht auszuklammern. Außerdem ist die Bundeswehr in Deutschland kein reines Männerthema mehr. Die Frauen prägen die Bundeswehr zunehmend und bestimmen das Bild einer modernen Bundesarmee.

## Fehlende Überwachung der Heilpraktiker

Es kann doch nicht sein, dass in unserem Deutschland, in dem so gut wie alles standardisiert, überwacht und kontrolliert wird, eine medizinisch agierende Liga außerhalb jeglicher Qualitätsnorm und Vorgaben medizinische Verrichtungen am Menschen vornehmen kann. Heilpraktiker nämlich gehen in ihrer Ausbildung zu einer Privatschule oder machen einen Fernlehrgang. Weder die eine noch die andere Lehrmethode bzw. Schule wird staatlich überwacht. Es gibt keine geregelte Zulassungsordnung oder irgendwelche vorgegebenen Lernziele, geschweige denn eine, dem Staatsexamen ähnelnde Abschlussprüfung. Man geht zum Gesundheitsamt, wo dem „Prüfling“ einige mehr oder weniger sinnvolle Fragen gestellt werden- und schwupps kann man schon Hand an den Kranken legen!

Natürlich gibt es auch seriöse Schulen, nichtsdestotrotz ist auch dort der Weg derselbe. Ich bin der Meinung, dass es dringend an der Zeit wäre, auch für diese „Heiler“, wie für jeden anderen medizinischen Berufszweig, eine Qualitätsnorm für Ausbildung und Ausübung einzuführen und regelmäßig zu überwachen, damit auch in diesem Berufsfeld, die Spreu vom Weizen getrennt werden kann.

Gerade vor dem Hintergrund, dass jeder Geschäftszweig, ob Handwerk, Industrie, Gastronomie, ob Klein- oder Großbetrieb heutzutage ein Qualitätshandbuch für seine Arbeit im Betrieb vorweisen muss, nur die Heilpraktiker nicht.

### Birgit Schentek



Stellvertretende  
Bezirksbürger-  
meisterin BV 6

Stellvertretende  
Vorsitzende OV  
Unterrath-Ost /  
Lichtenbroich

Stellvertretende  
Vorsitzende  
FU Düsseldorf

### Ines Hümmereich



Mitglied  
Vorstand BV 9

Mitglied  
Vorstand  
OV Wersten

Mitglied  
Vorstand  
FU Düsseldorf

Mitglied  
Kreisvorstand  
CDA Düsseldorf

## Vom Zauberlehrling zum Meister – Arbeit in der Digitalen Welt

Die Digitale Transformation schreitet voran. Erstaunte auf der Hannover Messe 2015 noch ein fehlerfrei Weizenbier einschenkender Roboter die Messebesucher, so erobern nun Exoskelette und Digitale Menschmodelle unsere Arbeitswelt. Unterstützende, dem Menschen helfende Systeme, die unsere Arbeit leichter und unser Leben angenehmer machen sollen. Doch welche Rolle hat der Mensch dabei? Akteur oder Opfer?

*Hat der alte Hexenmeister sich doch einmal wegbegeben! Und nun sollen seine Geister auch nach meinem Willen leben.* In der 1797 entstandenen Ballade lässt Goethe den anfänglichen Machtrausch des Zauberlehrlings bald in Angst und Verzweiflung umschlagen. *Die ich rief, die Geister werd ich nun nicht los.* Erst der zu Hilfe gerufene Meister kann die Situation retten.

Analysen der Wahlergebnisse in Frankreich zeigen, dass die Angst vor den Auswirkungen einer unbeherrschten Digitalisierung Einfluss auf die Wahlergebnisse hatte. Um diese Risiken zu meistern stellt die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) ihr Positionspapier zu Handlungsfeldern für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 4.0 vor.

### Wie schaffen wir Gute Arbeit in digitalen Zeiten?

Im „Kursbuch Arbeiten 4.0“ fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Digitalisierung als einen Prozess zu verstehen, der von Menschen für Menschen gemacht ist und in dem Gute Arbeit gestaltet werden kann und muss. Vom Zauberlehrling zum Meister! Eine solche bewusste und aktive Gestaltung dieses kulturellen Transformationsprozesses forderte auch das Demographie Netzwerk auf seiner Veranstaltung NEW WORK. Meinen und wollen wir also alle das Gleiche und ziehen wir an einem Strang? Personalführer und Arbeitsrechtler kritisieren jedoch das „Weißbuch Arbeit 4.0“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und halten es für praxisfern und nicht mutig genug. In ihrem Standpunktpapier fordern sie eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitswelt von morgen.

### Digital Balance statt Digital Detox

In der kommenden Print-ASU *Arbeiten in der Digitalen Welt* beschreiben wir die Änderungen und diskutieren die Herausforderungen. Dr. Sabine Schonert-Hirz beschreibt die Neurobiologie der „digitalen Sogwirkung“. Wie behalten wir die Oberhand und schützen uns vor gesundheitsschädlichen Gewohnheiten? Wie entwickeln wir eine gesunde Selbstdisziplin? Im Interview diskutieren Petra Müller-Knöß, IG Metall-Expertin für Gesundheitsschutz, und Prof. Sascha Stowasser, Direktor des Instituts für angewandte Arbeitswissenschaft über die Digitalisierung in den Unternehmen. Wie schaffen wir es, vom Zauberlehrling zum Meister des Digitalen Transformationsprozesses zu werden?

Mehr dazu unter: [www.asu-arbeitsmedizin.com](http://www.asu-arbeitsmedizin.com)

Ulrike  
Hein-Rusinek



Mitglied  
Vorstand  
FU Düsseldorf

Vorsitzende  
GPA Düsseldorf

Mitglied Frauen  
Forum Eichholz

## Wohnen in einer wachsenden Stadt

Der Trend hin zum Wohnen in der Stadt ist ungebrochen und attraktive Metropolen wie Düsseldorf ziehen immer mehr Menschen aus dem Umland an.

Die Folge des Booms ist dramatisch:

Ansteigende Grundstückspreise und aufgrund der räumlichen Begrenzung unserer Stadt, die Herausforderung der Suche nach neuen Baugrundstücken im Besonderen. Das Ziel unseres OB's jedes Jahr 3.000 neue Wohneinheiten in eben einer räumlich begrenzten Stadt zu bauen, führen nun dazu, dass fast nur noch hochverdichtet (Hochhäuser) in Düsseldorf gebaut werden.

Es stellt sich die Frage, ob Menschen so wirklich wohnen wollen. Bereits in früheren Jahren hat man aus meiner Sicht diesen Fehler gemacht. Bis heute kostet es viel Geld Wohnquartiere wie Garath oder Köln Chorweiler wieder zu attraktiveren Wohngebieten zu machen. Aber auch die Folgekosten eines solch verdichteten Wohnraums müssen betrachtet werden.

Neue Krankenhäuser, Kitas und Schulbau werden nötig. Aber auch bessere ÖPNV Angebote, mehr Polizei und Ordnungsdienst. Ebenso ist die Erhöhung der sozialen Sicherungskosten zu beachten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist aus meiner Sicht aber auch das Bedürfnis nach Natur und Aufenthalt im Freien. Dies ist in einer hoch verdichteten Stadt fast unmöglich.

Bestenfalls hat man einen Balkon oder einen Schrebergarten. Wer dies nicht hat, den zieht es hinaus an den Rhein, in die Grünflächen und Parks dieser Stadt.

Kein Gefühl von Nähe zur Natur, stattdessen überfüllte Wiesen und Liegeflächen. Kaum Platz zum Spielen und enorme Vermüllung sind die Folge.

**Dagmar  
von Dahlen**



Ratsfrau  
Düsseldorf

Fraktions-  
vorsitzende BV 8

Vorsitzende OV  
Düsseldorf-Eller

Mitglied  
Vorstand  
FU Düsseldorf

Mitglied  
Kreisvorstand  
CDU Düsseldorf

## Stiftung Haus der Talente Düsseldorf

Seit einem Ratsbeschluss des Jahres 1999 setzt sich die Landeshauptstadt Düsseldorf – initiiert durch mich in der Funktion als Ratsfrau – für die Umsetzung und Weiterentwicklung einer vielfach vernetzten Begabtenförderung ein. So unterstütze ich seit 2003 das CCB, das Kompetenz-Centrum für Begabtenförderung.

Im Jahre 2005 haben der Ehrenbürger der Stadt, Udo van Meeteren und die Stadt Düsseldorf aus Mitteln des Nachlasses der Eheleute Abosch die unselbständige, in der Treuhandschaft der Bürgerstiftung Düsseldorf stehende „Stiftung Begabtenförderung Düsseldorf“ gegründet.

Der Ehrenbürger Udo van Meeteren und die Stadt Düsseldorf beabsichtigen nun, die sich daraus entwickelnde, sehr erfolgreiche Arbeit des CCB auf die selbständige „Stiftung Haus der Talente Düsseldorf“ zu übertragen. Dabei wird das Vermögen der bisherigen Treuhandstiftung vollständig in die selbständige Stiftung eingebracht. Der Schulausschuss (13.07.2017), der Haupt- und Finanzausschuss (03.07.2017) und schließlich der Rat der Stadt (13.07.2017) haben diesem Vorhaben jeweils einstimmig zugestimmt.



Mitglied  
Vorstand  
FU Düsseldorf

Die Begabtenförderung kann dadurch breiter aufgestellt werden: Für Düsseldorf und Umgebung wird die „Stiftung Haus der Talente“ zukünftig für alle besonders begabten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine zentrale Anlaufstelle. Sie fördert in Kitas bis zum Studium und Beruf alle Begabungsbereiche hinsichtlich naturwissenschaftlich-technischer, sprachlicher, sozialer, künstlerischer und handwerklicher Talente.

Über Koalitionsverträge mit den vier staatlichen Hochschulen (Heinrich-Heine Universität, Hochschule Düsseldorf, Kunstakademie, Robert-Schumann-Musikschule Düsseldorf) wird der schon bestehende Kooperationsverbund auf hohem Niveau erweitert. Dadurch ist auch eine Qualifizierung pädagogischer und psychologischer Fachkräfte in der Begabungsdagnostik und –förderung umfassend vernetzt möglich.

Mit großer Dankbarkeit begleitet die Bürgerschaft die Einrichtung.

### Was war?

**MO. 28.08.2017** „Wo bleibt die Menschlichkeit? – Bezahlbare Pflege zwischen Pflegeroboter und Familienersatz“ Veranstaltung mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, Karl-Josef Laumann

**DO. 31.08.2017** „CDU / CSU – Damit Deutschland weiter spitze bleibt“, mit einem Vortrag von Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

**SA. 09.09.2017** „Familienfest der Frauen Union Düsseldorf“ Gut Niederheid anlässlich des 70jährigen Bestehens

**DO. 21.09.2017** Besichtigung Wasserkraftwerk Dammer Mühle mit der JU Düsseldorf und Mettmann

**FR. 06.10.2017** Besichtigung der Werkstatt für angepasste Arbeit in Rath

### Was liegt an?

**So. 17.12.2017 um 15.00 Uhr** gemeinsame Weihnachtsfeier von der Frauen Union Düsseldorf, CDA und Junge CDA im Rathaus Benrath (1. Etage), Benrodestraße 46, 40597 Düsseldorf - Aus organisatorischen Gründen bitten wir um telefonische Anmeldung bis spätestens 11.12.17.

**FR. 09.02.2018 um 19.00 Uhr** Besuch der Karnevalssitzung der Katholischen Jugend in der Stadthalle Düsseldorf

### Irma Clören



Anmeldungen und Beantwortung Ihrer Fragen unter

Telefon:  
0211 / 1653506

Mail: [info@frauenunion-duesseldorf.de](mailto:info@frauenunion-duesseldorf.de)

# Glosse

## Vom Turbo-Abi zum Trödel-Abi?

Das Abitur bekommt man nicht vom Weihnachtsmann geschenkt. Ob 8 oder 9 Jahre auf dem Gymnasium – von nichts kommt nichts. Eigentlich eine Binsenweisheit. Doch vielen Eltern, die für G9 gestritten haben, scheint es das Wichtigste zu sein, dass ihr Kind auf jeden Fall das Abitur kriegt. Aber auch in der gymnasialen Zukunft mit G9 muss man etwas können, um seine Hochschulreife zu erlangen. Niemand wird talentfrei zum Abitur trödeln, bloß weil er ein Jahr mehr Zeit dafür hat.

Ein Blick zurück: Vielleicht hätte man aus G8 im Laufe der Jahre in NRW ein Erfolgsmodell machen können. Aber dann kam die grüne Schulministerin (ja, leider Gottes, eine Frau). Mit traumwandlerischer Sicherheit vermasselte Sylvia Löhrmann praktisch alles, was auf den Weg gebracht worden war. Und als sie dem Land auch noch eine ideologisch verbrämte Sekundarschule und, holterdipolter, eine unvorbereitete Inklusion zumutete, war's nicht nur aus mit ihr, sondern auch mit G8. Ein echter Kollateralschaden.

Aber, Achtung! G9 heißt nicht: geh in die 90er. G9 muss zeitgemäß gestaltet werden. Und dazu noch eine bescheidene Bitte: Wenn G9 dann auf den Weg gebracht worden ist, müsste es doch möglich sein, die Gymnasien, sagen wir, drei Jahre lang, einfach in Ruhe arbeiten zu lassen. Damit das Ganze richtig wachsen und gedeihen kann. Ja, kein neues Gesetz, kein neuer Erlass, keine neue Verordnung, kein gar nichts. Zu schlau, um wahr zu sein? Vielleicht einmal ein besinnlicher Gedanke in den Weihnachtsferien.

Ihre Heidrun Leinenbach (HL), Redakteurin

**Heidrun  
Leinenbach**



### Redakteurin

Vorstand  
FU Düsseldorf  
Pressesprecherin

Mitglied  
Kreisvorstand  
CDU Düsseldorf

Mitglied  
Kreisvorstand  
CDA Düsseldorf

## FRAUEN UNION DÜSSELDORF

Möchten Sie unser „Auf ein Wort“ nicht mehr erhalten, Anregungen oder Kritik mitteilen, oder gar Mitglied werden, schicken Sie uns bitte eine Mail an [info@frauenunion-duesseldorf.de](mailto:info@frauenunion-duesseldorf.de) oder rufen Sie uns gerne an unter 0211 / 1653506.

Noch mehr Neuigkeiten von der Frauen Union Düsseldorf finden Sie unter <http://www.frauenunion-duesseldorf.de>

Für eine Spende sind wir immer offen, gerne auf unser Konto bei der HSBC Trinkhaus & Burkhardt Bank  
IBAN: DE27 3003 0880 0000 3270 18 – Verwendungszweck: „Frauen Union Düsseldorf“